

E-Mail-Newsletter

Nr. 194, 11. Dezember 2015

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Noch vor Weihnachten will uns die Bundesregierung ein weiteres Asylpaket unter den Baum legen. Auf allen politischen Ebenen laufen derzeit die Versuche zur Bewältigung der „Flüchtlingskrise“, die zum Unwort des Jahres vorgeschlagen wurde, auf Hochtouren. Während die Politik diese Krise überwiegend durch Verschärfungen der Asylgesetze und durch verstärkte Abschiebungen (in Worte wie „Rückkehrmanagement“ gekleidet) zu lösen versucht, ist die Willkommens- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung für Flüchtlinge nach wie vor sehr hoch. Für uns gilt jedenfalls nach wie vor: Das Asylrecht ist ein Grund- und Menschenrecht, das keine Obergrenzen kennt. Alle Flüchtlinge haben das Recht auf ein faires und rechtstaatliches Asylverfahren. Mit Abschiebungen kann man keine Fluchtursachen bekämpfen. An diesen und anderen Überzeugungen werden wir weiterhin unser Engagement für die Rechte der Flüchtlinge ausrichten und uns für eine gute Aufnahme und Integration in unsere Gesellschaft aktiv vor Ort einsetzen – auch wenn sehr viele Flüchtlinge zu uns kommen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen wie immer eine anregende Newsletter-Lektüre
Wir wünschen Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und hoffen, dass Sie die verdiente Ruhe genießen können, um weiter tatkräftig und engagiert in das neue Jahr starten zu können.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSPOLITIK UND -ARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

09.12.2015 **Erstmals leichter Rückgang der Antragszahlen**

Im November dieses Jahres sind erstmals weniger Asylsuchende nach Baden-Württemberg gekommen als in den Monaten davor. Laut den Monatsstatistiken des Ministeriums für Integration haben im November 2015 15.361 Menschen einen Asylerstantrag in Baden-Württemberg gestellt. Im Oktober waren es 17.307, im September 14.683, im August 8.991. Die meisten Asylsuchenden, die in Ba-Wü angekommen sind, stammen aus Syrien (47,5%), Afghanistan (19,2%) und dem Irak (12,6%) Alle anderen Herkunftsländer liegen unter 5%. Die Zahl der Asylsuchenden aus den „sicheren Herkunftsstaaten“ des Westbalkan lag im November insgesamt unter 2% aller Asylsuchenden. Insgesamt sind in diesem Jahr über 1 Million neue Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Mehr Informationen: Ministerium für Integration BW: [Zahlen und Daten](#)

17.11.2015 **Grün-Rote Landesregierung will Bargeldleistungen in LEAs abschaffen**

[Anders als Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein](#) plant die baden-württembergische Landesregierung einen weiteren Einschnitt in das Leben geflüchteter Menschen. Die Entscheidung, ob Geld- oder Sachleistungen gewährt werden, liegt nach § 3 AsylbLG bei den Bundesländern. Baden-Württemberg hat sich nun mit der Neufassung des AsylbLG im Rahmen des „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“ gegen Bargeldleistungen

entschieden und will eine sogenannte Geldwertkarte für BewohnerInnen der Landeserstaufnahmestellen (LEA) einführen.

-17.11.15 Südwestpresse: [Landesregierung: Geldkarte statt Bargeld für Flüchtlinge](#)
[Weiterlesen ...](#)

Neues „Rückkehrmanagement“: Land schiebt verstärkt ab

Die grün-rote Landesregierung intensiviert die Rückführung und Abschiebung von Asylsuchenden insbesondere aus den sog. „sicheren Herkunftsstaaten“. Bei der Regierungspressekonferenz am 10.11. kündigten Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Gall ein „systematisches Rückführmanagement“ für abgelehnte Asylsuchende an. Dies solle u.a. durch intensivierte Rückkehrberatung gleich nach der Einreise für alle, die keine „Bleibeperspektive“ hätten, erfolgen. Für das „Rückkehrmanagement“ sollen im kommenden Jahr weitere 65 Stellen beim Regierungspräsidium Karlsruhe geschaffen werden. Das Land will zwar offenbar weiterhin die „freiwillige Ausreise“ priorisieren, plant jedoch ab Januar einen wöchentlichen Abschiebecharterflug in die Balkanregion. Es sollen auch „bisherige Abschiebungshindernisse“ wie fehlende Pässe oder attestierte Reiseunfähigkeit beseitigt werden. Ob die „Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebepaxis“ des Innenministerium vom Februar 2015 noch gelten, ist derzeit unklar.

10.11.2015 baden-wuerttemberg.de: [Hindernisse bei Abschiebung beseitigen](#)

10.11.2015 baden-wuerttemberg.de: Pressemitteilung Land Baden-Württemberg: [Landesregierung will Zahl der Rückkehrer in sichere Herkunftsstaaten deutlich erhöhen](#)

25.11.2015 [Wieder 43 Kinder und 54 Erwachsene abgeschoben](#)

28.11.2015 [Herausgerissen aus ihrem sicheren Alltag!](#) Helferkreis Asyl Spechbach beklagt Abschiebung einer serbischen Familie am 24.11.

Abschiebestopp von Roma in Baden-Württemberg bis zum Frühjahr 2016 gefordert

Der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Bund der AntifaschistInnen) Karlsruhe hat eine Online-Petition gestartet, die die Landesregierung auffordert, einen Abschiebestopp nach § 60 a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erlassen. Zitat: *„Auch in diesem Winter werden wieder Asylsuchende aus Baden-Württemberg eiskalt abgeschoben – ohne Rücksicht auf die harten winterlichen Bedingungen ihrer Herkunftsländer. Besonders betroffen sind Roma aus dem Balkan (Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro). Roma sind in ihren Herkunftsländern keinesfalls „sicher“, wie die juristische Bezeichnung „sicheres Herkunftsland“ suggeriert – weder sozial, noch finanziell oder gesundheitlich. Die Situation dieser Minderheit ist im Winter nicht erträglich und unzumutbar.“*

Hier können Sie unterzeichnen: [Online-Petition "Abschiebestopp von Roma in Baden-Württemberg"](#)

- Auch der Freundeskreis Flüchtlinge Stuttgart Süd sammelt Unterschriften für eine ähnliche Petition: [Online-Petition "Winterabschiebestopp für Familien vom Westbalkan"](#)

08.12.2015 Förderprogramm „Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe – Gemeinsam in Vielfalt“ geht in die Verlängerung

Nachdem im Rahmen der Erstaufgabe des Programms weit mehr Bewerbungen eingegangen sind als Zuschläge erteilt werden konnten, hat der Ministerrat kürzlich eine Verlängerung des Förderprogramms im Jahr 2016 beschlossen. Damit soll das nach wie vor unverzichtbare ehrenamtliche Engagement im Bereich der Flüchtlingsarbeit weiter unterstützt werden. Die Mittel können zur Förderung konkreter Projekte oder zur Basisqualifizierung bürgerschaftlich Engagierter beantragt werden. Das Programm hat laut dem im Regierungsentwurf enthaltenen zweiten Nachtragshaushalt ein Gesamtvolumen von 2 Mio. €. Betrug die maximale Fördersumme bislang 15.000 €, können pro Antrag nunmehr bis zu 50.000 € bewilligt werden.

[Pressemitteilung der Landesregierung vom 12.11.2015](#)

10.12.2015 „Allianz für Fachkräfte“ für Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge

Die Partner der „Allianz für Fachkräfte“ setzen sich dafür ein, dass private wie öffentliche Arbeitgeber Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge bereitstellen. „Das Beschäftigungspotenzial von Flüchtlingen sollte von privaten und öffentlichen Arbeitgebern so umfangreich wie möglich ausgeschöpft werden“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Allianz.

30.11.2015 baden-wuerttemberg.de: [Allianz für Fachkräfte für Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge](#)

08.12.2015 Stuttgarter Friedenspreis geht an Giusi Niccolini

Am 6. Dezember 2015 wurde zum 13. Mal der Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Dieser ging an die Bürgermeisterin von Lampedusa, Frau Giusi Niccolini, die von einem Fischerehepaar vertreten wurde. Musikalische Beiträge der Band „Strom und Wasser feat. the Refugees“ und eine Podiumsdiskussion zum Thema „Humanitätskrise in Europa“ rundeten die Preisverleihung ab.

07.12.2015 Stuttgarter Zeitung: "[Ein Fischer vertritt die Friedenspreisträgerin](#)"
[Grußwort Giusi Niccolini](#)

25.11.2015 **Guide for refugees**

SWR-Online Portal mit Informationen für Flüchtlinge

Der SWR berichtet in Hörfunk, Fernsehen und im Internet täglich aktuell und hintergründig über Entwicklungen, Fragen und Zusammenhänge der „Flüchtlingskrise“. Da Asylsuchende vor allem Inhalte auf dem Smartphone als Quelle der Information nutzen, wurde ein journalistisches Online-Angebot eingerichtet, das sich gezielt und in verschiedenen Sprachen an die Menschen richtet: Die „News for Refugees“ finden Sie unter folgendem Link: swr.de/refugees
Das Angebot richtet seinen Fokus auf konkreten Nutzwert für Flüchtlinge, die bei uns in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz angekommen sind. Auf Arabisch, Englisch und auch in Sprachen aus dem afghanischen Kulturkreis werden Informationen, Nachrichten und Orientierung geboten. Darüber hinaus wird auf Inhalte der Deutschen Welle und auf ein ebenfalls neues übergeordnetes Angebot der ARD verwiesen, das Sie unter diesem Link finden: refugees.ard.de. [Weiterlesen ...](#)

08.12.2015 **Gabi Ayivi mit dem Landesehrenamtspreis ECHT GUT! ausgezeichnet**

Gabi Ayivi wurde am 4. Dezember 2015 mit dem diesjährigen „Sonderpreis Lebenswerk“ des Ehrenamts Wettbewerbs des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet. Der Sonderpreis wird an Personen verliehen, die sich seit mehr als 25 Jahren bürgerschaftlich engagieren. Im Zentrum des 'echt gut!'en Lebenswerks von Gabi Ayivi steht dabei die Hilfe und die Unterstützung von Flüchtlingen. Seit Anfang der 80er Jahre war sie im AK Asyl Rottweil aktiv und setzte sich über viele Jahre hinweg auch als Mitglied im SprecherInnenrat des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg auf landespolitischer Ebene für die Rechte der Flüchtlinge und die Verbesserung der Aufnahmebedingungen im Land ein. [Weiterlesen ...](#)

01.12.2015 **TV-Interview mit syrischen Flüchtlingen aus der GU Pfinztal-Berghausen**

In einem aktuellen Fernsehinterview mit bw family.tv schildern eine Familie aus der Nähe von Damaskus und ein ebenfalls aus Syrien stammender Arzt eindrucksvoll die Zustände in dem Bürgerkriegsland, ihre Flucht nach Deutschland sowie ihren Neustart in Pfinztal-Berghausen (Landkreis Karlsruhe), wo sie derzeit auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Im zweiten Teil des TV-Beitrags beschreibt Helga Kotthoff, Professorin für Germanistische Linguistik an der Universität Freiburg, wie sie gemeinsam mit ihren StudentInnen Flüchtlinge auf spielerische Weise an die deutsche Sprache heranführt – zur Nachahmung empfohlen!!! [Link zum vollständigen Interview](#)

09.12.2015 **Theaterstück „Die Armen! - Aber bitte nicht hier“**

Das forum theater inszene stellt in ihrem Theaterstück „Die Armen! - Aber bitte nicht hier!“ die Willkommenskultur in Deutschland dar. Es zeigt Situationen in denen Einheimische Geflüchtete treffen und möchte Zuschauer dazu anregen, selbst herauszufinden wie sie reagieren wollen. Haltungen werden reflektiert und Lösungsvorschläge entwickelt. Weitere Informationen zum Theaterstück finden Sie auf der Homepage <http://www.forumtheater-inszene.de> und [hier](#). Pro Asyl Villingen bemüht sich darum, eine Südwesttournee der Theatergruppe zu organisieren. Falls Sie Interesse haben, dass das Theaterstück auch in Ihrer Stadt aufgeführt wird oder sich informieren möchten wo Auftritte zustande kommen, können Sie sich bei Sigrid Jaschke unter der E-Mailadresse proasylvillingen@aol.com melden.

(Weitere) Berichte über die (lokale) Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg finden Sie hier:

www.fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-bw.html

Informationen über aktuelle gerichtliche Entscheidungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich finden Sie hier:

<http://fluechtlingsrat-bw.de/asylrechtsprechung.html> oder auf www.asyl.net

In aller Kürze:

10.12.2015 **Partizipations- und Integrationsgesetz in Kraft getreten**

Am 5.12. trat das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) des Landes Baden-Württemberg in Kraft. Das PartInt-Gesetz legt Grundsätze für gelingende Integration sowie konkrete Integrationsaufgaben des Landes fest.

04.12.2015 Ministerium für Integration BW: [Neues Gesetz folgt dem Grundsatz "Fordern und fördern"](#)

[Auszug aus dem Gesetzblatt des Landes BW](#)

08.12.2015 **Stuttgarter Ehrenamtliche erhält Bundesverdienstkreuz**

Johanna Schnaithmann aus dem Freundeskreis Flüchtlinge in Stuttgart-Rohracker wurde am 5. Dezember das Bundesverdienstkreuz verliehen. Frau Schnaithmann gründete 1994 den Freundeskreis und steht diesem bis heute vor.

5.12.2015 Stuttgarter Nachrichten: "[Stuttgarterin erhält Verdienstorden](#)"

5.12.2015 Baden-Württemberg.de: "[Kretschmann würdigt besonderes ehrenamtliches Engagement](#)"

- Nov 2015: Flüchtlingsrat BW: **Kurz-Info Härtefallgesuch (PDF)**

2. THEMEN & INFORMATIONEN ÜBERREGIONAL

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

26.11.2015 **Öffnung der Integrationskurse für bestimmte Asylsuchende und Geduldete**

Seit Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes am 24.10.2015 erhalten bestimmte Personengruppen Zugang zum Integrationskurs mit der Möglichkeit, die Kosten für die Kursteilnahme vom BAMF erstattet zu bekommen. Darunter sind auch AsylbewerberInnen mit einer Aufenthaltsgestattung, die aus den Ländern Syrien, Iran, Irak oder Eritrea stammen und bei denen kein Dublin-Verfahren anhängig ist. Auch Personen mit einer sog. „Ermessensduldung“ nach § 60a Abs. 2 AufenthG und InhaberInnen einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG können einen Antrag auf Zulassung zum Integrationskurs stellen. Für alle drei Gruppen gilt jedoch: Eine Teilnahme kann nur „im Rahmen verfügbarer Kursplätze“ bewilligt werden.

6.11.2015 BAMF: "[Merkblatt zum Integrationskurs für Asylbewerber, Geduldete und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 5 AufenthG](#)" (in sieben Sprachen abrufbar)

27.10.2015 BAMF: "[Antrag auf Zulassung zu einem Integrationskurs für Asylbewerber, Geduldete und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 5 AufenthG](#)" (in fünf Sprachen abrufbar)

Rundbrief 3/15 "[Die Guten ins Töpfchen...](#)"

01.12.2015 **Gesetzentwurf für beschleunigtes Asylverfahren: "Frontalangriff auf das Asylrecht"**

Nach dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ vom 1.8.2015 und dem „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ vom 24.10.2015 plant die Bundesregierung ein weiteres Gesetzespaket mit asylrechtlichen Verschärfungen. Insbesondere soll der neue § 30a in das Asylgesetz eingeführt werden, der ein Schnellverfahren vorsieht für Personen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ und anderen Flüchtlingen, die keine Identitäts- oder Reisedokumente haben. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte soll für 2 Jahre ausgesetzt werden. Vom Bundesinnenministerium eingesetzte Abschiebungsärzte sollen die alleinige Befugnis erhalten sollen, über Abschiebungshindernisse zu befinden. Das kann dazu führen, dass Abschiebungen auch bei lebensgefährlichen Krankheiten durchgeführt werden. PRO ASYL kritisiert den Gesetzentwurf als „Sonderverfahren ohne faktischen Rechtsschutz“. [Weiterlesen ...](#)

19.11.2015: Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern: [Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren](#)

20.11.2015 Presseerklärung PRO ASYL: [Sonderverfahren ohne faktischen Rechtsschutz](#)

25.11.2015 Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer: [Stellungnahme der BAF zu den Verschärfungen im Asylpaket II](#)

09.12.2015 **Asylrelevante Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 3. & 4.12.2015**

Abschiebungen nach Afghanistan und weitere Beschleunigung der Asylverfahren

Die 203. Innenministerkonferenz beschloss, dass Rückführungen nach Afghanistan derzeit wieder generell möglich seien. Zudem beschloss sie folgende Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren: Erhöhung der Kapazitäten des BAMF, Einrichtung weiterer Außenstellen und besonderer Entscheidungszentren, Verbesserung des Datenaustauschs zwischen den Behörden sowie die Abschaffung der Möglichkeit für bestimmte Asylantragsteller/innen, die Fluchtgründe schriftlich darzulegen. [Weiterlesen ...](#)

08.12.2015 **Rückkehr zur Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge**

Auf der Innenministerkonferenz am 4. Dezember in Koblenz wurde beschlossen, dass syrische Flüchtlinge künftig wieder Anhörungen in der Einzelfallprüfung durchlaufen sollen. Somit ist das Fragebogenverfahren, das erst im letzten Jahr eingeführt wurde, obsolet. Nach Angaben von PRO ASYL sind bis zu 200.000 syrische AsylbewerberInnen, die bis Oktober eingereist sind, von dieser Änderung betroffen. In einer gemeinsamen Presseerklärung mit „Jugendliche ohne Grenzen“ und dem „Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz“ kritisiert PRO ASYL diese Entscheidung: „*Statt kontraproduktiver Maßnahmen, die das ohnehin überlastete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vollends lahmlegen würden, sind faire und zügige Asylverfahren und eine Entbürokratisierung der Verfahren dringend geboten*“.

3.12.2015 Die Zeit: "[Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge beschlossen](#)"

3.12.2015 PRO ASYL Presseerklärung: "[PRO ASYL warnt vor integrationspolitischen Fehlentscheidungen](#)"

7.12.2015 PRO ASYL: "[BAMF-Bürokratie: Beschleunigter Kollaps statt beschleunigter Verfahren](#)"

08.12.2015 **BVerwG: Auch bei vorheriger Antragsablehnung in anderem Dublin-Staat keine Dublin-Überstellung von UMF.** Art. 6 Abs. 2 der Dublin-II-Verordnung ist dritt-schützend

Mit Urteil vom 16.11.2015 (Az.: 1 C 4.15) hat das Bundesverwaltungsgericht die Rechte unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) im Asylverfahren (weiter) gestärkt. Schon bislang galt: Für den Asylantrag eines UMF ist Deutschland nach der Dublin-VO auch dann zuständig, wenn er zuvor bereits in einem anderen Dublin-Staat einen Asylantrag gestellt hat, über den noch nicht entschieden worden ist. Das BVerwG hat nun klargestellt, dass dies auch dann gilt, wenn der Asylantrag des UMF in dem anderen Dublin-Staat abgelehnt wurde.

06.12.2015 **UN: Weniger Flüchtlinge im Mittelmeer, mehr Kinder unter den Flüchtenden**

Zum ersten Mal in diesem Jahr ist nach Angaben des UNHCR die Zahl der Flüchtlinge auf der Mittelmeerroute deutlich gesunken. Im November seien rund 140.000 Schutzsuchende über das Mittelmeer nach Europa gekommen und damit rund 80.000 weniger als noch im Oktober. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die schlechten Witterungsbedingungen zurückzuführen. Seit Januar 2015 sind nach Angaben der International Organisation of Migration (IOM) mehr als 870.000 Personen über das Mittelmeer geflohen. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen gab bekannt, dass in den letzten Monaten so viele Kinder wie nie zuvor unter den Flüchtlingen waren. So sei allein im Oktober jeder dritte Schutzsuchende, der an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien registriert wurde, minderjährig gewesen.

1.12.2015 Schwäbische Zeitung: "[UN: Weniger Flüchtlinge im Mittelmeer](#)"

10.12.2015 **Starke Zunahme von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte - so gut wie keine Aufklärung**

Nach einer aktuellen Recherche der „Zeit“ gab es im Jahr 2015 bisher 222 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland. Insbesondere die Zahl der Brandanschläge auf bewohnte Unterkünfte hat demnach stark zugenommen. Entgegen der Beteuerung von Politiker/innen, dass mit der ganzen Härte des Rechtsstaats gegen die Täter/innen vorgegangen werde, kommt die Recherche zu dem Ergebnis, dass es noch so gut wie keine Ermittlungserfolge gebe: „Nur in vier Fällen haben Gerichte bisher Täter verurteilt, in weiteren acht Fällen wurde Anklage erhoben. Das sind gerade einmal fünf Prozent aller Angriffe. In weniger als einem Viertel aller Fälle konnte die Polizei überhaupt einen Tatverdächtigen ermitteln. Fast alle Taten sind also bis heute nicht aufgeklärt. Elf Prozent der Verfahren wurden mittlerweile sogar ganz eingestellt. Und das, obwohl schon 104 Menschen bei Übergriffen verletzt wurden.“ In Baden-Württemberg gab es in 2015 17 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 7 Brandstiftungen.

03.12.2015 Die Zeit (online): "[Gewalt gegen Flüchtlinge. Es brennt in Deutschland](#)"

Die letzte Meldung:

10.12.2015 **Doppelt so viele Abschiebungen in 2015**

Die Zahl der Abschiebungen von Flüchtlingen hat sich dieses Jahr fast verdoppelt. So auch in Baden-Württemberg. Während im Jahr 2014 1080 abgelehnte Asylsuchende aus unserem Bundesland abgeschoben wurden, sind es 2015 bereits 2058, die Betroffenen der Balkan-Sammelabschiebungen vom Dezember noch nicht mitgezählt. Bundesweit wurden in 2014 10.200 Menschen abgeschoben, in 2015 waren es bisher knapp über 18.000.

10.12.2015 Die Welt: "[Bayern verdreifacht Zahl der Abschiebungen](#)"

In aller Kürze:

13.11.2015 Süddeutsche Zeitung: "[BKA: Flüchtlinge sind eher Opfer als Täter](#)"

20.11.2015 www.unhcr.de: [Zugangsbeschränkungen auf Balkan-Route unhaltbar](#)

04.12.2015 **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2015**

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.– [Drucksache 18/5544](#) –

06.12.2015 **EU: Streit um Verteilungsquoten und Grenzkontrollen**

In EU-Kreisen wird überlegt, die Grenzkontrollen innerhalb der EU für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren wiederaufzunehmen. Begründet wird dies mit „erheblichen Mängeln“ beim Schutz der Außengrenzen, beispielsweise in Griechenland. [Weiterlesen ...](#)

09.12.2015 **„Jugendliche Ohne Grenzen“ wählen Markus Ulbig zum Abschiebeminister 2015**

Die „Jugendlichen ohne Grenzen“ haben ihre jährliche Wahl getroffen: Markus Ulbig ist Abschiebeminister. Der

Minister qualifizierte sich für die Anti-Ehrung durch sein „inkonsequentes Vorgehen gegen rassistische Angriffe und Hetze sowie die seit Jahren hohen Abschiebezahlen“ in Sachsen. [Zum JOG Artikel](#), [Zur JOG Pressemitteilung](#)

3. NEUE PUBLIKATIONEN / MATERIALIEN

Flüchtlingsrat BW (Nov. 2015): **Rundbrief 3/2015: Die neue 'Bleibeperspektive'**, u.a. mit folgenden Beiträgen: [Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz](#) (Sebastian Röder), [Die Guten ins Töpfchen](#), (Melanie Skiba & Andreas Linder), [Informationen zur Projektarbeit des Flüchtlingsrats](#) (Andreas Linder), [20 Jahre Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm](#) (Manfred Makowitzki), November 2015, DIN A4, 40 Seiten, [Inhalt](#), nur noch als PDF erhältlich.

09.12.2015 **Leitfaden zu Flucht und Asyl in Baden-Württemberg**

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg (Nov. 2015): [Mal ehrlich! Flucht und Asyl in Baden-Württemberg](#)

Mit diesem Heft geht die Heinrich Böll Stiftung auf Fragen und Befürchtungen ein, gibt Informationen und Antworten rund um das Thema Flucht und Asyl. Das Heft ist im Postkarten-Format und hat 32 Seiten. Die Informationen sind kurz und anschaulich dargestellt. Das Heft eignet sich sehr gut zur Auslage (z.B. an kommunalen Info-Theken, Büchereien, Kulturzentren usw.), aber auch als Argumentationshilfe für ehrenamtlich Engagierte.

Bestelladresse / Informationen: Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V., Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel. 0711 2633 94-10, Fax - 19, info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

Helferwissen - Anleitungen und Ideen für Projekte mit Flüchtlingen

„Helferwissen“ ist eine kostenlose Ideen- und Wissensplattform, die das Engagement für Flüchtlinge unterstützt. Auf der Homepage werden Erfahrungen erfolgreich durchgeführter Projekte gesammelt und in online verfügbaren Anleitungen zur Verfügung gestellt, um HelferInnen bei der Umsetzung eigener Initiativen zu inspirieren. Zur Homepage [Helferwissen](#)

30.11.2015 **Handreichung Flüchtlinge in der Schule**

Die Handreichung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport möchte LehrerInnen und anderen am Schulleben Teilhabenden bei der erfolgreichen Integration von Geflüchteten in Schulen unterstützen. November 2015 ["Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge in der Schule"](#)

08.12.2015 **Medizinische Übersetzungshilfe der Apotheken Umschau**

Die „Apotheken Umschau“ hat eine Übersetzungshilfe für medizinische Fachbegriffe auf Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch erstellt. „Apotheken Umschau“: [Medizinische Übersetzungshilfe für Flüchtlingshelfer \[PDF\]](#)

02.12.2015 **Studie der Robert-Bosch-Stiftung: Gemeinschaftsunterkünfte erschweren Integration von Flüchtlingen.**

Flüchtlinge werden von der lokalen Bevölkerung besser akzeptiert, wenn sie in dezentralen Wohneinheiten statt in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind - das ist eines der zentralen Ergebnisse der von der Robert-Bosch-Stiftung durchgeführten Studie „*Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*“. Laut der Studie sind 50 bis 100 Personen die maximal vertretbare Anzahl der BewohnerInnen einer Sammelunterkunft. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge wird in der Studie untersucht. Als ein bedeutender Erfolgsfaktor des Ehrenamts wird eine gute Aufgabenteilung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen identifiziert. Kritisch wird gesehen, dass „*ehrenamtliches Engagement bislang noch stark die Funktion hat, strukturelle Mängel in der behördlichen Aufnahme von Asylsuchenden auszugleichen*“.

23.11.2015 Migazin: "[Studie: Gemeinschaftsunterkünfte erschweren Akzeptanz von Flüchtlingen](#)"

Robert-Bosch-Stiftung: "[Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement](#)"

Vorhof, Friederike (Okt. 2015): [Integration und Flüchtlingshilfe fördern lassen. Fördernde Stiftungen und Fonds, die sich in der Integration und Flüchtlingshilfe engagieren \(Link zu PDF\)](#)

4. VERANSTALTUNGSHINWEISE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage

Fortbildungstermine

Unser aktuelles Fortbildungsangebot finden Sie auf unserer [Projektwebsite 'Aktiv für Flüchtlinge'](#).

Flüchtlinge ehrenamtlich begleiten - Informationen und Austausch für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

22. bis 23. Januar 2016, Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

Es sind bewegte Zeiten für alle in der Flüchtlingsarbeit Engagierten. Überfüllte Unterkünfte, Gesetzesverschärfungen sowie zunehmende rechtsradikale Tendenzen in der Gesellschaft verändern die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement laufend. Wie schaffen wir es da, weiterhin an einer guten Willkommenskultur zu arbeiten und den geforderten menschlichen Umgang mit diesen Mitmenschen in Not zu leben? Fragen wie diese stehen im Mittelpunkt der Tagung in Bad Boll. **Hinweis:** Die diesjährige Tagung ist zweigeteilt, d.h. am Freitagnachmittag tagen Ehren- und Hauptamtliche gemeinsam, der Samstag ist dann dem Austausch unter den Ehrenamtlichen vorbehalten.

- Flyer "[Flüchtlinge ehrenamtlich begleiten - Informationen und Austausch für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit](#)" [\[PDF\]](#)

- [Anmeldung Tagung Evangelische Akademie Bad Boll](#)

Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Samstag, 12. März 2016, 9.30 Uhr bis 17 Uhr, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12, Stuttgart

Weitere auch lokal bezogene Veranstaltungen finden Sie hier: <http://fluechtlingsrat-bw.de/veranstaltungen.html>

In eigener Sache:

Bedarf an einer Fortbildung für die Flüchtlingsarbeit?

Beim Flüchtlingsrat können Sie ReferentInnen für Informationsveranstaltungen und Fortbildungen/Qualifizierungen im Bereich des Asylrechts und der Flüchtlingsarbeit anfragen. Vor allem im Rahmen unserer EU-geförderten Projekte haben wir Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und praktisch durchgeführt. Derzeit werden die von uns angebotenen Fortbildungen insbesondere über Fördermittel des Landes Baden-Württemberg unterstützt. Bitte melden Sie sich in unserer [Geschäftsstelle](#), wenn Sie Interesse an einer Veranstaltung oder Fortbildung haben. Nähere Informationen finden Sie hier: <http://aktiv.fluechtlingsrat-bw.de/fortbildungsangebot.html>

Solidarität braucht Solidarität: Spenden Sie für die Arbeit des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: [Zum Online-Spendenformular](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

AutorInnen der Beiträge: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Clara Schlothuber, Julian Staiger

Redaktion: Ulrike Duchrow, Ute Schlipf

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Integration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelischen Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.